Zeitschrift: Schweizerische Lehrerzeitung

Herausgeber: Schweizerischer Lehrerverein

Band: 114 (1969)

Heft: 19

Anhang: Der Pädagogische Beobachter im Kanton Zürich : Organ des Zürcher kantonalen Lehrervereins : Beilage zur Schweizerischen Lehrerzeitung, 8. Mai 1969, Nummer 6-7

Autor: Seiler, F. / Wymann, H. / Schoop, Walter

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DER PÄDAGOGISCHE BEOBACHTER
IM KANTON ZÜRICH
Organ des Zürcher Kantonalen Lehrervereins · Beilage zur Schweizerischen Lehrerzeitung

ERSCHEINT MONATLICH EIN- ODER ZWEIMAL 63. JAHRGANG NUMMER 6/7 8. MAI 1969

Zürcher Schule heute und morgen

STANDORTBESTIMMUNG UND AUSBLICK

Mit der vorliegenden Nummer des «Pädagogischen Beobachters» möchte der Kantonalvorstand eine Uebersicht über die ihn gegenwärtig beschäftigenden Probleme geben, soweit sie die Entwicklung unserer zürcherischen Volksschule betreffen. Wir hoffen damit, über die Information der Mitglieder des Lehrervereins hinaus, eine fruchtbare Diskussion innerhalb der Lehrerschaft anzuregen. Zugleich soll sie aber auch eine Antwort auf die in der Oeffentlichkeit sehr lauthals verkündete negative Kritik an unserer Schule darstellen.

Bevor wir auf die aktuellen Fragen der Weiterentwicklung oder Umgestaltung unserer gegenwärtigen Ordnung eintreten, scheint es uns notwendig und nützlich, einige grundsätzliche Betrachtungen voranzustellen, um dadurch eine wirklichkeitsnahe Ausgangsbasis für den Blick in die Zukunft zu gewinnen.

Grundlage jeder erspriesslichen Arbeit in und an unserer Schule ist die vertrauensvolle Zusammenarbeit von Eltern, Behörden und Lehrerschaft. Mit Freude und Genugtuung stellen wir fest, dass die überwiegende Mehrheit der Eltern und damit der massgebliche Teil der Bevölkerung den Wert und die Bedeutung der Schule für die Erziehung und Bildung ihrer Kinder anerkennt. Begründet in dieser aufgeschlossenen Haltung und diesem wachen Interesse allen Schulfragen gegenüber, dürfen wir auch bei unsern Behörden durchwegs eine von Verantwortungsbewusstsein getragene, fruchtbare Arbeit für die Schule feststellen. Dass dabei Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Behörden oder zwischen Behörden und Lehrerschaft auftreten können, entspricht durchaus dem Willen des Gesetzgebers, die Schule kein Eigendasein führen zu lassen, sondern sie, als eine der wesentlichen Grundlagen unserer Demokratie, mitten hineinzustellen in die Auseinandersetzungen im öffentlichen politischen Leben, selbst wenn dadurch oftmals Lösungen weniger auf Grund sachlicher Ueberlegungen als vielmehr von politisch bedingten Positionen her getroffen werden. An dieser Realität kann auch für die Beurteilung der Reformbestrebungen nicht vorbeigesehen werden. In der Gewissheit, dass die Vorteile die Nachteile bei weitem überwiegen, möchten wir sie aber auch aus innerster Ueberzeugung nicht geändert wissen. Ausschlaggebend für diese Stellungnahme ist die durch den Willen des Volkes dem Lehrer zugewiesene Selbständigkeit in der Schulführung und der massgebliche Einfluss in der Ausgestaltung unseres Schulwesens, welcher der Lehrerschaft eingeräumt wird.

So glauben wir denn feststellen zu dürfen, dass das Fundament unserer Schule – das Volk – wie auch die beiden tragenden Pfeiler, Behörde und Lehrerschaft, Gewähr für eine funktionstüchtige Schule bieten.

Demgegenüber steht eine massive Kritik, die alles Bestehende in Frage stellt oder doch zum mindesten als rettungslos veraltet bezeichnet. Dabei werden die zweifellos vorhandenen Mängel und Nachteile unserer heutigen Ordnung zu einem eigentlichen Malaise aufgebauscht. Es geschieht dies mit der Absicht, die Oeffentlichkeit aufzurütteln, um den Boden für konstruktive, neue Lösungen vorzubereiten. Hiezu setzen wir ein grosses Fragezeichen, denn emotionell angeheizte Kritik scheint uns kein günstiger Nährboden zu sein, um Probleme irgendwelcher Art zu lösen. Am allerwenigsten aber soll sie Ausgangspunkt für die Meinungsbildung und Stellungnahme der zürcherischen Volksschullehrerschaft sein, einer Lehrerschaft, die am Auf- und Ausbau ihrer Schule massgeblich beteiligt ist und deshalb auch die positiven Leistungen unseres Schulsystems sehr genau abzuschätzen weiss.

Das will nun durchaus nicht heissen, dass wir passiv und mit einer überheblichen Selbstzufriedenheit auf dem Erreichten verharren wollen. Im Gegenteil, es war schon immer ein Charakteristikum der zürcherischen Lehrerschaft, neuen Ideen gegenüber aufgeschlossen zu sein, was sie aber nie daran gehindert hat, ihren ausgeprägten kritischen Sinn modernen Strömungen gegenüber anzuwenden. Gerade dadurch war und wird es ihr auch in Zukunft möglich sein, mehr zur Entwicklung unseres Schulwesens beizutragen als die Verkünder irgendwelcher hochfliegender Pläne.

Auch die in der Oeffentlichkeit teilweise vehement geforderte Koordination der verschiedenen kantonalen Schulsysteme muss unter dem Blickwinkel unserer oben dargelegten Gedanken erfolgen. Wenn unter dem Titel «Koordination» Aufbau und Funktion unseres Schulwesens geändert werden sollen, so können wir wohl nur dann zustimmen, wenn mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit angenommen werden darf, dass die Schule jedem einzelnen Schüler und dem Volksganzen in besserer Weise zu dienen vermöge.

Im Kanton Zürich zeigt die Arbeit der letzten Jahre auf organisatorischem Gebiet durchwegs das Bild einer ständig fortschreitenden Entwicklung. Wir erinnern in diesem Zusammenhang beispielsweise an die Neuschaffung des Lehrplanes der Primarschule, die Erarbeitung eines Statuts für die Sonderschulen, die Einführung der Klassenlager.

Wenden wir uns nun den Hauptproblemen unserer gegenwärtigen Arbeit zu:

1. Lehrerbildung

Nachdem die Anläufe zur Verbessung der Primar- und Sekundarlehrerausbildung gescheitert waren, leistete der Kantonalvorstand die Vorarbeiten, um zu einer Gesamtkonzeption der Lehrerbildung zu kommen. Eine Kommission, bestehend aus dem Kantonalvorstand und Vertretern aller Stufen, hiess folgende Arbeitshypothesen als Diskussionsgrundlage gut:

– Die Allgemeinbildung aller Volksschullehrer muss mit einer eidgenössischen oder kantonalen Matura abschliessen.

- Alle Volksschullehrer erhalten eine berufliche Grundausbildung, welche nach ihrem Abschluss zum Schuldienst an möglichst vielen Abteilungen der Volksschule befähigen soll.
- Nach der Grundausbildung leistet der Kandidat während einer befristeten Zeit Schuldienst als Vikar, wobei er durch einen Mentor betreut wird.
- Nach dieser Zeit, während welcher praktische Erfahrungen gesammelt sowie Eignung und Neigung abgeklärt werden konnten, erfolgt für alle Kategorien der Volksschullehrer die Spezialisierung auf ihre Stufe (Primar-, Real- und Oberschule, Sekundarschule).

Diese Grundkonzeption wurde einem weitern Kreis vorgelegt, welcher Vertreter der Seminarien, der Lehramtsschulen und des Oberseminars umfasste. Zwei Gruppen unternahmen es, auf Grund der oben genannten These die berufliche Grundausbildung nach Umfang und Inhalt abzuklären, und zwar einerseits für Absolventen von Maturitäts- und Lehramtsschulen und anderseits für Absolventen von Seminarien, unter der Voraussetzung, dass dort die allgemeine Bildung und die berufliche Grundausbildung in der sogenannten «integrierten» Form erfolgen sollen.

Die Arbeitsgruppe für Absolventen von Maturitätsschulen (allgemeine und berufliche Bildung getrennt) hat einen Vorschlag für die Grundausbildung aller Volksschullehrer und die Spezialausbildung für Primarlehrer unterbreitet, wobei eine Stundentafel und ein knapper Lehrplan zur Verfügung stehen.

Die Arbeitsgruppe für eine seminaristische Lösung legte Richtlinien für diese Ausbildung vor; Stundentafel und Angaben über Stoffgebiete und Stoffumfang sind in Bearbeitung.

Vorläufig geht es immer noch darum, ein klares Bild der Grundausbildung zu erhalten, denn erst dann wird sich zeigen, ob die Grundkonzeption überhaupt durchführbar ist.

2. Lehrerweiterbildung

Träger der Lehrerweiterbildung sind vor allem die Stufenkonferenz, das Pestalozzianum und der Zürcher Verein für Handarbeit und Schulreform, die schon bisher ein weitgespanntes Angebot an Kursen vorlegten, die von der Lehrerschaft auf freiwilliger Basis in erfreulichem Masse besucht wurden.

Mit dem Ausbau der Pädagogischen Arbeitsstelle am Pestalozzianum schien uns der Zeitpunkt gekommen, einen Vorstoss zu unternehmen, um eine fruchtbare, zielgerichtete Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Trägern der Lehrerweiterbildung anzustreben. Gestützt auf die initiative Vorarbeit des Zürcher Verbandes für Handarbeit und Schulreform, hat nun eine Kommission, bestehend aus Vertretern aller an der Lehrerweiterbildung interessierten Organisationen, die Arbeit aufgenommen, um eine tragfähige Konzeption zu erarbeiten. In einer kooperativen Zusammenarbeit, auf der Basis einer echten Partnerschaft, sehen wir die für unsern Kanton optimale Lösung des dringenden Problems der Lehrerweiterbildung. Der Kantonale Lehrerverein als die grösste und umfassendste Organisation trägt dabei ein entscheidendes Mass an Verantwortung.

3. Einführung moderner Unterrichtsformen und technischer Hilfsmittel, Schulversuche

Auch auf diesem Gebiet zeigt sich auf den ersten Blick eine überaus rege und mannigfaltige Tätigkeit. Von der initiativen Einzelleistung bis zum gezielten Schulversuch unter wissenschaftlicher Leitung sind sämtliche Zwischenstadien vertreten. Diese zum Teil eher systemlose und wenig zielgerichtete Form der Auseinandersetzung mit modernen Strömungen im Unterricht erfüllt uns mit Sorge, wird dabei nur zu oft der Begriff der Methodenfreiheit des Lehrers strapaziert, indem Anforderungen des Lehrplanes ausser acht gelassen oder sehr weitherzig interpretiert werden. Ebenso schwer wiegt aber das Verpuffen von viel gutem Willen und grosser Arbeitskraft, ohne dass ein greifbares Resultat für die Allgemeinheit daraus erwächst.

Wir glauben, dass auch hier dem ZKLV eine bedeutende Aufgabe harrt. Nicht etwa, dass er selber als weiterer Veranstalter von Schulversuchen auftritt, sondern indem er in Zusammenarbeit mit dem Pädagogischen Institut der Universität mit der Pädagogischen Arbeitsstelle am Pestalozzianum eine geeignete Organisationsform anstrebt, in der unter aktiver, verantwortlicher Mitarbeit der Lehrerschaft die aufgeworfenen Probleme gründlich abgeklärt und durch gezielte Schulversuche mit den Anforderungen und Bedürfnissen der Praxis konfrontiert werden können, um daraus eine sichere Grundlage für die Beurteilung zu gewinnen. Nachdrücklich möchten wir betonen, dass nur bei dieser engen, von Grund auf geplanten Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis neue Lösungen gefunden werden können, ohne die durch die Versuche betroffenen Schüler zu Versuchskaninchen zu degradieren. Im weitern sind die Möglichkeiten zu studieren, wie interessierte Kollegen sich einerseits in die Bearbeitung der Probleme einschalten können und wie sie andererseits durch eine zentrale Informations- und Dokumentationsstelle mit Unterlagen bedient werden können.

Für den Ueberblick über die laufenden Schulversuche verweisen wir auf den Abschnitt «Aus der Tätigkeit des Pestalozzianums», erlauben uns aber, zwei laufende Schulversuche besonders aufzugreifen:

3.1. Wahlfachversuch an 3. Sekundarklassen

Seit einigen Jahren werden auf Initiative der Sekundarlehrerkonferenz unter Leitung einer erziehungsrätlichen Kommission Wahlfachversuche an 3. Sekundarklassen durchgeführt. Ein erster Abschluss ist erreicht. Die Versuche zeigen einen wertvollen Weg für eine vertiefte individuellere Bildung im Rahmen der Sekundarschule. Es eröffnen sich darüber hinaus Möglichkeiten, die gründlich untersucht werden sollten, um die gewonnenen Erfahrungen auch für die übrigen Abteilungen der Oberstufe, eventuell auch für die Primarschule, auszuwerten.

3.2. Französischunterricht an der Primarschule

Einen Auftrag von Kollegen der Mittelstufe übernehmend, erarbeitete der Vorstand des ZKLV einen konkreten Antrag an die Erziehungsbehörden auf Durchführung von Schulversuchen an der Mittelstufe. Der Erziehungsrat setzte in der Folge eine Kommission ein, die den Vorschlag auf eine neue Grundlage stellte. Seit Herbst 1968 laufen diese Schulversuche, und es darf erwartet werden, dass sie dank der gründlichen Vorbereitung und der ständigen Ueberwachung durch Fachleute zu Ergebnissen führen werden, die eine sachlich einwandfreie Beurteilung des Problems des Fremdsprachbeginns ermöglichen werden.

4. Planung auf lange Sicht

Neben der im vorhergehenden Abschnitt aufgezeigten pragmatischen schrittweisen Entwicklung unseres Schul-

systems darf aber die Planung auf lange Sicht nicht vernachlässigt werden. Dabei sollen auch neue und kühne Vorschläge, die den Rahmen unserer gegenwärtigen Ordnung sprengen, in die Diskussion miteinbezogen werden. Gerade weil unser Schulsystem funktionstüchtig ist, hat es wie alle Systeme die Tendenz, sich wohl im Aufbau zu verfeinern und weiter zu differenzieren, sich aber gegenüber neuen Ideen ablehnend zu verhalten, da keine zwingende Notwendigkeit besteht, den gegenwärtigen Zustand zu ändern. Hier kann nun die Diskussion um neue, grundlegend andere Schulsysteme durchaus befruchtend und als Initialzündung wirken. Wir begrüssen deshalb jeden konstruktiven Vorschlag, der die verantwortlichen Gremien, und wir zählen uns in erster Linie dazu, zwingt, sich mit neuen Ideen auseinanderzusetzen. Dabei kann es sich selbstverständlich nicht darum handeln, zuerst durch umfassende Grossversuche die Eignung dieser Systeme für die zürcherische Schule abzuklären. Ganz abgesehen davon, dass hiezu die gesetzlichen Grundlagen kaum ausreichen, wäre ein solches Unterfangen unsern uns anvertrauten Kindern gegenüber ganz schlicht und einfach verantwortungslos.

Hier nun hat vielmehr die Planung auf lange Sicht einzusetzen, indem zunächst einmal unsere bestehende Ordnung unter Zuhilfenahme geeigneter wissenschaftlicher Untersuchungsmethoden systematisch erfasst wird. Die Gesichtspunkte, nach welchen diese Untersuchungen geführt werden, ergeben sich aus den Problemen, die heute immer wieder diskutiert werden. Die Ergebnisse sollen zeigen, wo unser Schulsystem genügt und in welcher Richtung Aenderungen angestrebt werden müssen. Zugleich dürfte sich eine Grundlage ergeben, um die zur Diskussion gestellten anderen Schulsysteme zu beurteilen. Dabei werden Fragen auftreten, die sich nicht auf theoretischer Grundlage abklären lassen, sondern zu deren Beantwortung klar umrissene, gezielte Schulversuche und deren objektive Auswertung durch neutrale Fachleute notwendig werden.

In einem ersten Schritt sind Versuche des Pädagogischen Institutes der Universität, der Pädagogischen Arbeitsstelle am Pestalozzianum mit dem Vorstand des ZKLV zur Zusammenarbeit übereingekommen, in Verbindung mit der Lehrerschaft einen gangbaren Weg für die Realisierung dieses Aspektes der Bildungsforschung zu erarbeiten.

Wenn wir nun im folgenden zwei Arbeitsgruppen Raum für ihre Vorschläge gewähren, so geschieht dies aus folgenden Ueberlegungen heraus:

1. Beide Vorschläge enthalten eine Reihe von wertvollen Gedankengängen und Ueberlegungen, die es verdienen, der gesamten Lehrerschaft für eine fruchtbare Diskussion Anlass zu geben.

2. Es ist zu begrüssen, dass durch diese konstruktiven Vorschläge der leidige Streit um die Uebernahme des sogenannten besten kantonalen Schulsystems im Hinblick auf eine Koordination der kantonalen Schulsysteme zum Abklingen gebracht werden kann.

Gerne hoffen wir, mit der vorliegenden Nummer aufgezeigt zu haben, dass die mannigfachen Probleme unserer Schule ein vollgerütteltes Mass an Arbeit für alle Lehrerorganisationen bringen, dass die Arbeit aber nur dann erfolgreich sein kann, wenn sich die gewählten Vertreter auch weiterhin auf eine aktive, aufgeschlossene, aber dennoch kritische Lehrerschaft stützen können. *F. Seiler*

Pädagogische Arbeitsstelle am Pestalozzianum

Bereits im Jahre 1955 bestand ein ausgewiesenes Bedürfnis nach einer systematischen Klärung praktischer Schul- und Erziehungsfragen wie auch nach einer engeren Verbindung zwischen Schulpraxis und pädagogischer Forschung. Kantonsrat und Gemeinderat der Stadt Zürich begrüssten deshalb die Initiative des Pestalozzianums zur Schaffung einer Pädagogischen Arbeitsstelle und bewilligten die erforderlichen finanziellen Mittel, um Schulprobleme, wie sie sich aus der Unterrichtspraxis und der zürcherischen Schulorganisation ergeben, bearbeiten zu können. Seither wurde in den Jahresberichten des Pestalozzianums laufend über die zum Abschluss gebrachten sowie über die in Ausführung begriffenen pädagogischen Arbeiten Rechenschaft abgelegt.

Im Verlaufe der Zeit haben sich drei Tätigkeitsbereiche herausgebildet, die oft in enger Wechselwirkung zueinander stehen. Einige praktische Arbeitsbeispiele vermögen sie am besten zu veranschaulichen:

Schulplanung und Schulgestaltung: Aufbau einer neuen Lehrerbildungsanstalt für die Real- und Oberschullehrer, Gestaltung und Einführung von Berufswahlklassen, Planung eines Berufswahljahres, Reform der Sonderschulung und -erziehung im Kanton Zürich, Eingliederung des Werkjahres in den Schulorganismus des Kantons Zürich, Ueberprüfung der Ausbildung der Hauswirtschaftslehrerinnen, Erstellen einer Volksschulstatistik usw.

Weiterbildung der Lehrerschaft: Durchführung von Kursen und Veranstaltungen.

Pädagogische Forschungsarbeiten: Untersuchungen über den Stand der Sonderklassen in der Stadt Zürich, Neubearbeitung des Schweizer Tests, Herausgabe einer Schriftenreihe mit theoretischen-pädagogischen Arbeiten, Erprobung und Studium neuer Unterrichtsverfahren, grundlegende Erhebungen zur Ausbildung der Hauswirtschaftslehrerinnen – Ermittlung der Struktur der heutigen Hausfrauenarbeit, systematische Auswertung der Erfahrungen mit der Führung von Berufswahlklassen, Erprobung neuer Vorlesungstypen und Praktika am Real- und Oberschullehrerseminar, Auswertung der Volksschulstatistik, Einsatz des Fernsehens in der Lehrerbildung.

Um positive Ergebnisse zu erreichen, erwies es sich von entscheidender Bedeutung, dass für die einzelnen Aufgaben je ein *leistungsfähiges Arbeitsteam* gebildet werden konnte. Mit Genugtuung und Dankbarkeit darf hervorgehoben werden, dass sich mit den Schulbehörden von Kanton und Stadt Zürich, mit der Lehrerschaft sowie mit zahlreichen Wissenschaftern im Verlauf der Jahre eine vorzügliche Zusammenarbeit entwickelt hat. Dank der unmittelbaren Beziehung aller Beteiligten zu den Problemen des Schulalltags und der Mitwirkung bewährter Pädagogen und Wissenschaftern vermochte die Pädagogische Arbeitsstelle praktische Erfahrungen und die Erkenntnisse theoretischer Studien zu einer Einheit zu verbinden, die sich in der Praxis bewährte.

Da die Aufgaben, welche der Pädagogischen Arbeitsstelle übertragen wurden, im Verlaufe der Zeit einen stets grösseren Umfang annahmen, konnte die vorstehend beschriebene Organisationsform nicht mehr genügen. Dank der Unterstützung des Erziehungsdirektors, Dr. W. König, der Zentralschulpflege und dem Hochbauamt der Stadt Zürich konnte im Jahre 1968

mit dem dringend notwendig gewordenen *personellen* und *räumlichen Ausbau* der Pädagogischen Arbeitsstelle begonnen werden. Nach Bewilligung der erforderlichen Kredite war endlich die Bahn frei zur Verwirklichung eines Dringlichkeitsplanes, welcher erstens die bessere Koordinierung der Arbeiten innerhalb der Pädagogischen Arbeitsstelle und zweitens die Wahrung ihrer Kontinuität vorsah. Dieses Ziel war allein durch den Beizug qualifizierter Fachkräfte zu erreichen; seit dem Sommer 1968 sind zwei neue Mitarbeiter in verschiedenen Funktionen tätig. Prof. D. M. Müller-Wieland widmet sich vor allem den Belangen der Unter- und Mittelstufe; Dr. Hch. Tuggener ist die Förderung der Lehrerfortbildung übertragen. Ende 1968 wurde es finanziell möglich, zwei weitere ständige Mitarbeiter einzustellen. Für den Bereich des Programmierten Unterrichts konnte Dr. S. Biasio gewonnen werden. Das sich stets vergrössernde Arbeitsgebiet des audio-visuellen Unterrichts und des Sprachlabors wird ab Frühjahr 1969 von Prof. Dr. F. Brun betreut.

Dieser erfreuliche Ausbau der Pädagogischen Arbeitsstelle hindert nicht, auch weiterhin die bisherige bewährte Arbeitsmethode beizubehalten. Je nach Umstand und Erfordernis werden durch den Erziehungsrat oder durch die Pädagogische Arbeitsstelle Kommissionen gebildet, deren Mitglieder sich aus dem Lehrkörper der Universität, aus der Lehrerschaft oder andern Fachkreisen zusammensetzen. Die Mitarbeit von Spezialisten ist erwünscht, wenn es darum geht, gewisse Ergebnisse eines Schulversuches wissenschaftlich zu erhärten. Gerade bei der Testung und Erprobung verschiedener neuentstandener zürcherischer Lehrprogramme, der Ermittlung des Lernerfolges im Französischunterricht auf der Mittelstufe usw., hat es sich als unerlässlich erwiesen, mit dem Institut für Angewandte Psychologie (Leiter: Prof. Dr. H. Biäsch) und mit dem Institut für Arbeitspsychologie der ETH (Leiter: Prof. Dr. H. Fischer) Verbindung aufzunehmen.

Mit der Vergrösserung des Mitarbeiterstabes an der Pädagogischen Arbeitsstelle vermochten die bestehenden Räumlichkeiten nicht mehr zu genügen. Durch einen Umbau im ersten Stock des Bibliotheksgebäudes wurden zwei neue Büros sowie ein Raum für eine moderne Telephonzentrale geschaffen. Ein weiterer Arbeitsraum liess sich im Erdgeschoss der Jugendbibliothek einrichten. Welch weiteren, nicht gering zu schätzenden Vorteil die Etablierung der Pädagogischen Arbeitsstelle im Pestalozzianum miteinschliesst, zeigt ein Blick auf die im Bürohaus vorhandene Bibliothek. In ihr finden nicht nur die wichtigste pädagogische und psychologische Fachliteratur sowie zahlreiche in- und ausländische Lehrbücher Aufnahme, sondern zusammen mit den Fachschriften bilden das ebenfalls angegliederte Archiv für Schulgeschichte, die Sammelstelle der Unterrichtsprogramme und die neuesten Publikationen über die technischen Unterrichtshilfen eine sehr nützliche und jederzeit verfügbare Dokumentation.

Wie im ersten Abschnitt bereits erwähnt, legt die Direktion des Pestalozzianums in den Jahresberichten – früher im Rahmen der Beilage «Pestalozzianum» in der SLZ, seit 1967 in Form einer eigenen Broschüre – Rechenschaft über die Tätigkeit der Pädagogischen Arbeitsstelle ab. Interessenten einer ausführlichen Darstellung der einzelnen Arbeitsgebiete sind deshalb auf den demnächst erscheinenden Jahresbericht 1968 verwiesen, indessen hier nur in aller Kürze auf einige der wichtigsten laufenden Geschäfte hingewiesen sei:

Bezüglich der Lehrerfortbildung ist festzuhalten, dass die schon früher intensivierten Bestrebungen zur Dezentralisierung der Kurse und Vorträge wie aus den Ausschreibungen im «Amtlichen Schulblatt» hervorgeht, weiterhin mit Nachdruck verfolgt wurden; ebenso galt es, zusammen mit den verschiedenen Lehrer- und Schulorganisationen, die schon seit Jahren regelmässig als Kursträger auftreten, die dringend notwendige Koordination aller Bestrebungen im Dienste der Lehrerfortbildung herbeizuführen. Die Zahl der durch das Pestalozzianum organisierten Veranstaltungen konnte für das Jahr 1969 auf rund 80 erhöht werden.

Grossen zeitlichen und personellen Einsatz beansprucht nach wie vor das Studium neuer technischer Unterrichtshilfen. So wurden zahlreiche Kurse und Vorträge zur Einführung in den Programmierten Unterricht, in das audio-visuelle Lehrverfahren und das Sprachlabor veranstaltet. Um dem Mangel an geeigneten, im Handel erhältlichen Unterrichtsprogrammen wirksam zu begegnen, erhielten interessierte Lehrer Gelegenheit, sich in speziellen Kursen in die Kunst des Programmierens einführen zu lassen. Verschiedene Themen sind inzwischen bearbeitet worden; nach einer durch Fachleute vorgenommenen Validierung steht ihrem Einsatz in der Volksschule nichts mehr im Wege. Das erste zürcherische Lehrprogramm (Lineare Gleichungen von K. Schauwecker) wird im Sommer 1969 im kantonalen Lehrmittelverlag erscheinen.

Auf dem audio-visuellen Sektor war das Hauptaugenmerk auf die Fortsetzung der Französischversuche mit Hilfe der audio-visuellen Lehrmethode «Bonjour Line» gerichtet. Im Frühjahr 1968 wurde auf der Oberstufe die Erprobung auf 66 weitere Sekundar- und Reallehrer und ihre Klassen ausgedehnt. Während der Frühlingsferien 1969 folgten insgesamt 75 Oberstufenlehrer einem einwöchigen Einführungskurs. Ueber die Versuchsperiode 1968/69 wurde den Schulbehörden ein ausführlicher Erfahrungsbericht vorgelegt. – Von ganz besonderer Bedeutung war sodann der Versuch in den 5. Primarklassen, mit dem nach gewissenhafter Vorbereitung der Mittelstufenlehrer im Herbst des vergangenen Jahres begonnen werden konnte. Seit Beginn des Schuljahres 1969/70 gelangen überdies rund 40 4.-Primar-Klassen in den Genuss des audio-visuellen Französischunterrichts. Mit der Versuchsreihe auf der Mittelstufe gilt es abzuklären, welche Ergebnisse bei der Vorverlegung des Fremdsprachunterrichts unter Anwendung der audio-visuellen Methode zu erreichen sind.

Seit die Mittelschulen des Kantons Zürich und die Töchterschule der Stadt Zürich über eigene Sprachlabors verfügen, wird der nächste Schritt folgerichtig darin bestehen müssen, auch schon den Oberstufenschülern zu ermöglichen, ihre Sprechfertigkeit im Französischen durch Sprachlaborunterricht zu verbessern. Der Initiative der Pädagogischen Arbeitsstelle ist es zu danken, dass bereits über 50 Schulpflegen zu Einführungen in den Sprachlaborunterricht eingeladen werden konnten.

Da der Erfolg der Arbeit im Sprachlabor von gutem Uebungsmaterial abhängt, bemühen sich verschiedene Arbeitsgemeinschaften um die Schaffung geeigneter Programme. Für die Bedürfnisse der Mittelschulen liegen in Kürze Tonbänder in französischer, englischer und italienischer Sprache vor. Im Sommer 1969 wird das

Englischprogramm vom kantonalen Lehrmittelverlag und vom Klett-Verlag, Stuttgart, gemeinsam herausgegeben.

Der Berücksichtigung neuer Entwicklungen sowohl im Sprach- als auch im Mathematikunterricht der Volksschule war die Arbeit zweier Kommissionen gewidmet. Während in bezug auf die Vereinheitlichung der Terminologie im Sprachunterricht ein Bericht zuhanden des Erziehungsrates ausgearbeitet wurde, konnte im Mathematikunterricht den verschiedenen Wünschen nach einer praktischen Erprobung neuer Methoden oder Fibeln (nach Dienes, Cuisénaire, Kramer, Paravicini/Peter und Zimmermann) entsprochen werden.

Wie man aus dieser summarischen, keineswegs vollständigen Aufzählung der verschiedenen Tätigkeitsbereiche der Pädagogischen Arbeitsstelle entnehmen kann, fehlt es nicht an bereits in Angriff genommenen, weit vorangetriebenen und sich immer wieder neu stellenden Aufgaben, die im Dienste der zürcherischen Volksschule bewältigt werden müssen.

Dir. H. Wymann

Modell Ostschweiz

Das vorliegende Modell stellt eine Weiterentwicklung der bisherigen Schulsysteme der Ostschweiz dar; diesen ist der Anschluss der Oberstufe an die 6. Primarklasse gemeinsam. Es wird bewusst an den Jahrgangsklassen als Erziehungs- und Erlebnisgemeinschaften festgehalten. Durch die Einführung von Freifächern im Volksschul-Oberstufenverband wird der Gefahr der gesellschaftliche Diskriminierung, welche jeder Differenzierung in Leistungsabteilungen innewohnt, in wirksamer und sinnvoller Weise begegnet.

Schwerpunkte des Modells:

1. Die Oberstufe der Volksschule ist eine in sich geschlossene differenzierte Einheit.
2. Das Modell erfüllt die allgemeine Forderung nach Begabungsförderung und spätem Berufs- und Studienentscheid.
3. Die Differenzierung erfolgt durch Gliederung in drei Abteilungen, die in sich wiederum einer Differenzierung unterstehen.
4. Die Breite jeder Abteilung steht in enger Beziehung zu ihrer durchschnittlichen maximalen Schülerzahl, wodurch sich annähernd gleiche Breiten ergeben.
5. Der innere Ausbau der Abteilungen erfolgt durch Reformen in bezug auf den Unterrichtsstoff, die Lehrmittel, die Unterrichtshilfen und die Methode.
6. Alle Aufbau-Mittelschulen schliessen an das 9. Schuljahr an.
7. An die 1. und 2. Abteilung der Volksschul-Oberstufe schliesst ein freiwilliges Aufbaujahr (10. Schuljahr) für gute Schüler dieser Abteilungen an; auch Schülern der 3. Abteilung steht der Besuch dieses 10. Schuljahres offen.
8. Die Mädchen erhalten grundsätzlich die gleiche Ausbildung wie die Knaben.

Weitere Merkmale:

- Das Modell erlaubt eine *starke Dezentralisierung* der Volksschul-Oberstufe.
- *Die Dreiteilung* und die *stark differenzierte Stundentafel* ermöglichen es der Oberstufe, allen Intelligenzgruppen ihrer Schüler gerecht zu werden.
- *Erhöhte Durchlässigkeit:*
  Falsch eingespurte Schüler sollen in der 1. Klasse der Oberstufe ohne nennenswerte Schwierigkeiten die Abteilung wechseln können.
  Schülern, welche die entsprechenden Voraussetzungen erfüllen, wird der Abteilungswechsel auf Schuljahrbeginn mit Hilfe der Förderstunden ermöglicht°°.
- *Die Lehrpläne aller Abteilungen* werden im Interesse der erhöhten Durchlässigkeit *aufeinander abgestimmt.*
- Im Interesse der Durchführbarkeit der geforderten Durchlässigkeit sind *alle drei Abteilungen der Oberstufe organisatorisch ein und derselben Schulbehörde zu unterstellen.*
- *Die Benennung der Abteilungen* erfolgt mit den Zahlen 1–3, entsprechend der steigenden intellektuellen Leistungsfähigkeit ihrer Schüler.
- *Mittel der Begabungs- und Leistungsförderung:*
  a) Halbklassenstunden in den Leistungsfächern F und M°
  b) Zusatzstunden in Form von Freifächern im Klassenverband
  c) Förderstunden°°
  d) Freifächer im Oberstufenverband
  e) im Stundenplan integrierte überwachte Aufgabenstunden.

° *Halbklassenstunden:* In den Leistungsfächern F und M wird in der 1. und 2. Klasse je eine Wochenstunde verdoppelt zwecks Aufteilung der Klasse in die Leistungsgruppen a und b.
Gruppe a umfasst die Schüler mit dem Fachnoten-Durchschnitt 4,5 und mehr, Gruppe b jene mit dem Fachnoten-Durchschnitt von weniger als 4,5. In Gruppe a wird der Stoff vertieft, in Gruppe b gefestigt.

°° *Förderstunden:* Schülern, welche auf Grund ihrer geistigen Entwicklung ein bestimmtes Leistungsniveau erreicht haben, soll Gelegenheit geboten werden, in die Abteilung 2 bzw. 3 überzutreten. Bei koordinierten Lehrplänen der drei Abteilungen wird es möglich sein, durch Förderstunden im letzten Quartal des Schuljahres den aufsteigenden Schülern das fehlende Wissen zu vermitteln.

- In allen Abteilungen der Volksschul-Oberstufe findet *am Ende des 9. Schuljahres eine kantonal genormte Abschlussprüfung statt.* Auf Grund der Prüfungsergebnisse und der Erfahrungsnote des letzten Schuljahres kann der *prüfungsfreie Uebertritt in die Aufbau-Mittelschulen* gewährt werden. Durch diese Abgangsnoten wird auch die Bildung von leistungshomogenen Berufsschulklassen ermöglicht.
- Für jede Abteilung der Volksschul-Oberstufe ist *eine spezifische Ausbildung der Lehrer* vorgesehen, welche *6 Semester* dauert.

Allgemeine Angaben über die Struktur des Modells Ostschweiz:

a) Dauer der Oberstufe der Volksschule: 3 Jahre (7. bis 9. Schuljahr).
b) Anzahl der Abteilungen der Volksschul-Oberstufe: 3.
c) *Prozentuale Aufteilung der Basisklasse* (6. Primarklasse):

Abteilung	1	2	3
Breite der Abteilung	29 %	34 %	37 %
Bereich der Abteilung	0–29	29–63	63–100

d) Mittlerer maximaler *Klassenbestand*

	20	24	26 (total 70)

Erläuterungen:
Breite: Prozentualer Anteil an der Basisklasse.
Bereich: Situation der Breite innerhalb der Leistungsskala 1–100.
Breite und Bereich bestimmen vorwiegend die Leistungsfähigkeit einer Abteilung und sollen deshalb im Hinblick auf die angestrebte Koordination der kantonalen Schulsysteme nicht allzu stark differieren.

e) *Einwohnerzahl und Schülerbestand:*
Ungefähr 4 % der Wohnbevölkerung sind schulpflichtige Kinder, welche die Oberstufe der Volksschule besuchen.
4 % = 3 × 70 Schüler = 210 Schüler (Oberstufe mit 3 Jahrgängen).
100 % = 5250 Einwohner.
Minimalbestand einer ausgebauten Oberstufe: 135 Schüler (9 Klassen).
Gemeinden mit geringerer Einwohnerzahl als 3375 wird empfohlen, *Kreisschulen* mit Buszubringerdienst zu bilden.

Zuteilung der Fächer zu den Klassen-, Fachgruppen- und Spezialfachlehrern:

a) Die Lehrer an der Abteilung 1 sind Klassenlehrer. Sie werden ergänzt durch Spezialfachlehrer (Ha Md/Kn, Tn, Zen, Sg).
b) Die Lehrer der Abteilungen 2 und 3 sind Fachgruppenlehrer; die Fächerzuteilung erfolgt nach Studienrichtung (NB. die Lehrer der Abt. 2 beider Richtungen erteilen D an ihrer eigenen Klasse); Ergänzung durch Spezialfachlehrer.
c) *Die Besoldung* der Lehrer an den drei Abteilungen der Volksschul-Oberstufe ist *einheitlich*, die *Unterrichtsverpflichtung* ist jedoch auf Grund der mittleren maximalen Schülerzahl *verschieden*.

Walter Schoop, Zürich

NB. Das Modell «Ostschweiz» wurde von der Studiengruppe «Ausbau der Oberstufe der Volksschule» erarbeitet. Diese untersteht der Arbeitsgemeinschaft für die Koordination der kantonalen Schulsysteme der deutschsprachigen Schweiz.

Differenzierte integrierte Gesamtschule — Schule der Zukunft?

Zusammenfassung und Auszüge aus der umfassenden Dokumentation zum Schulversuch der Zürcher Albert-Steck-Gesellschaft

Die wirtschaftliche, technische und soziologische Entwicklung in den letzten zwei Jahrzehnten hat das Bildungswesen vor teilweise vollkommen neue Probleme gestellt. Die anders gearteten, sich stets noch wandelnden Bedingungen nötigen dazu, Schule und Erziehung von Grund auf zu überdenken und die Schulkonzeption den neuen Gegebenheiten anzupassen. Dabei stellen sich im besonderen folgende Aufgaben:

Schaffung eines möglichst flexiblen Schulwesens mit entsprechend vielen Ausbildungs- und Anschlussmöglichkeiten.

Prof. Dr. Leo Weber äussert sich in der «Schweizerischen Lehrerzeitung» Nr. 19/1968 folgendermassen zu den grundsätzlichen Forderungen an eine neue Schule:

«Alle in Sicht stehenden Reformen aber rufen nach einer Kooperation der verantwortlichen Stellen. Die notwendig werdenden Aenderungen können aber nur dann auf weite Sicht geplant werden, wenn sie sich auf eine ausgebaute wissenschaftliche Grundlagenforschung stützen können ... Nur durch enge Zusammenarbeit in horizontaler Richtung (Kooperation–Koordination) und in vertikaler Richtung (Praxis *und* Theorie) können die Forderungen, die die heutige Zeit und ihre Entwicklung der Schule stellen, gelöst werden.»

Durch eine Arbeitsgruppe von Schulpraktikern innerhalb der Albert-Steck-Gesellschaft wurde in der oben geforderten Art ein durchführbares Versuchsmodell einer differenzierten integrierten Gesamtschule* entwickelt. Es ist auf die zürcherischen Schulverhältnisse und ihre Gesetzgebung zugeschnitten und liesse sich darum innert nützlicher Frist verwirklichen. Der ideale Typus der Gesamtschule diente deshalb dem Modell nur als Leitidee, wäre aber in allen schweizerischen Schulverhältnissen realisierbar.

Rahmenkonzeption des Versuches

Schülerbereich: Der Modellversuch umfasst alle Schüler nach der 6. Klasse mit Ausnahme der Sonderschüler. Die Form der Gesamtschule ist auch an andern Schultypen möglich. Die günstigsten Voraussetzungen finden sich an der Oberstufe der Volksschule und an der Mittelschule. Da der Anschluss einer Oberstufe nach Gesamtschulprinzip auch früher erfolgen kann, scheint diese Schulform für eine Koordination der kantonalen Schulsysteme besonders günstig.

Gestaltung des Unterrichts

1. *Gemeinschaftsunterricht:* Das sozial integrierende Moment steht im Vordergrund. In leistungsmässig heterogenen Abteilungen sind alle Schüler eines Jahrganges vereinigt. Besondere Bedeutung wird der Klassengemeinschaft beigemessen. Der Gemeinschaftsunterricht umfasst die Fächer, die von einer minimalen Allgemeinbildung gefordert werden: Deutsch (z. B. Lektüre, Aufsatz, Poesie), Geographie, Geschichte, Biologie, Religion.

2. *Leistungsdifferenzierter Unterricht:* Durch die Bildung von leistungsmässig homogenen Gruppen, deren Zusammensetzung in jedem Fach anders ist, wird eine optimale individuelle Förderung angestrebt. Es sind vier Leistungsparallelen vorgesehen, wobei Kurs a in den Anforderungen dem Lehrplan für Gymnasien, Kurs b demjenigen für Sekundarschulen, Kurs c demjenigen für Realschulen und Kurs d dem für Oberschule und Werkjahr zu folgen hat. Zwischen den Kursen sollen prüfungsfreie halbjährliche Umsteigemöglichkeiten bestehen. Um die bestmögliche Durchlässigkeit zu gewährleisten, sind Förderkurse, Nachhilfeunterricht und Aufgabenhilfe in der Schule vorgesehen. Es muss hier auch eine umfassende, individuelle Betreuung einsetzen. Für den leistungsdifferenzierten Unterricht sind folgende Fächer geeignet: Rechnen, Geometrie, Deutsch (z. B. Stilistik, Literaturgeschichte, Grammatik), Fremdsprachen, Physik, Chemie, eventuell Turnen.

3. *Neigungsunterricht:* Er umfasst die musischen und handwerklichen Fächergruppen, wobei unterschieden wird zwischen *Wahlpflichtfächern*, das sind jene Kunst-

* Gesamtschule heisst hier Zusammenfassung bisher getrennter und differenzierter Schultypen (z. B. Sekundar- + Real- + Oberschule). Integriert bedeutet nicht nur organisatorisch, sondern auch pädagogisch-psychologisch zusammengefasst.

fächer, die nach dem geltenden Lehrplan obligatorisch sind, wie Zeichnen, Gesang, Mädchenhandarbeit, Knabenhandarbeit (für heutige Real- und Oberschulen), anderseits *Wahl- und Freifächern*, wie z. B. 2., eventuell 3. Fremdsprache, Schultheater, Musik, naturkundliche Uebungen, Stenographie usw., und drittens dem *Zusatzunterricht* zur Vertiefung der Fächer, die im Gemeinschaftsunterricht erteilt werden.

Besondere Bedeutung kommt der *Durchlässigkeit* zu. In der Gesamtschule nimmt sie der Frage von Promotion und Remotion ihre bisherige Schärfe. Es gibt keine Repetitionen ganzer Schuljahre mehr, sondern es müssen nur Kurswechsel vorgenommen werden, was höchstens in einzelnen Fächern halbjährlich erfolgen muss. Die Förderkurse erleichtern das Nachlernen und ermöglichen die Anschlüsse.

Wesentlich ist die Konfrontation der Versuchsergebnisse mit den jetzigen Schulverhältnissen. Die Resultate des Versuches sind also möglichst objektiv herauszuschälen, wozu ein Gremium geschaffen werden muss, dem Wissenschafter und Schulpraktiker angehören sollen. In einem ausführlichen Bericht soll dargelegt werden, wie weit die integrierte Gesamtschule in der Schweiz verwirklicht werden kann, welche ihrer Formen die besten Resultate zeitigt und wie weit sie Ziel einer Koordination der schweizerischen Schulsysteme sein könnte. Wesentlich wäre daher auch, dass an möglichst vielen Orten der Schweiz unter den verschiedensten Bedingungen solche Gesamtschulversuche durchgeführt werden könnten.

Die integrierte differenzierte Gesamtschule versucht demnach die folgenden, eingangs gestellten Forderungen an eine Schule der Zukunft zu beantworten:

- Intensivierte Erziehung zur Gemeinschaft
- Steigerung der individuellen Förderung
- Vermehrte Berücksichtigung der Neigungen
- Erhöhung der Chancen für einseitig Begabte
- Abschaffung der Klassenrepetitionen
- Gewährleistung einer optimalen Durchlässigkeit
- Vollumfängliche Berücksichtigung der unterschiedlichen Begabungen und Entwicklungsarten
- Entschärfung des Selektionsproblems
- Hinausschiebung der endgültigen Weichenstellung für Ausbildung und Beruf
- Milderung der milieubedingten Leistungsunterschiede.

Abschliessend sei darauf hingewiesen, dass es sich hier um eine bis aufs äusserste geraffte Zusammenfassung umfangreicher Bearbeitungen und Entwicklungen handelt, damit auf dem zur Verfügung stehenden Raum überhaupt eine erste Information geboten werden kann. Es wäre wünschenswert, dass dieser im Ausland in den verschiedensten Formen bereits entwickelte Schultypus auch bei uns diskutiert und ausprobiert würde.

Bildungspolitische Gruppe
der Albert-Steck-Gesellschaft Zürich

Zürcher Kantonaler Lehrerverein

Protokoll der Präsidentenkonferenz vom 14. März 1969, im Bahnhofbuffet Zürich HB, 1. Stock, 19 Uhr

Anwesend sind zehn Präsidenten oder deren Vertreter sowie sechs Mitglieder des Kantonalvorstandes.

Mit der Begrüssung verbindet der Präsident, Fritz Seiler, den besondern Dank an Herrn Stüssi, Pfäffikon, der zurücktritt und der die Anliegen des ZKLV in geschickter Weise auch anlässlich der Kapitelversammlungen zu vertreten wusste.

Die Geschäftsliste enthält folgende Punkte:

1. Protokoll (PB Nr. 1/69)
2. Mitteilungen
3. Ferien der Volksschule
4. Wahl der Lehrervertreter in die Bezirksschulpflegen
5. Aktuelle Geschäfte des Kantonalvorstandes
6. Allfälliges

1. Protokoll

Das Protokoll der Präsidentenkonferenz vom 29. November 1968, erschienen im PB Nr. 1/1969, wird genehmigt.

2. Mitteilungen

2.1 Entschädigung an Vorstände der Bezirkskonferenzen

Ab 1. 1. 1969 gilt folgende Regelung:

Alle Bezirke:

3 Vorstandsmitglieder sind beitragsfrei.
An Präsidenten- und Quästorenkonferenzen wird neben der Fahrtentschädigung ein Sitzungsgeld von Fr. 15.– ausgerichtet.

Bezirk Zürich:

Für die Sekretärin (Frau Künzler) wird die Stundenentschädigung bezahlt. Dazu eine kleine Anerkennung für die Bemühungen bei der Mitgliederwerbung.

Uebrige Bezirke:

a) Vorstandspauschale Fr. 100.–, Winterthur Fr. 150.– (wie bisher, freie Aufteilung unter Präsident, Aktuar und Quästor usw.).

b) 1 Die Quästore erhalten für den Mitgliederbeitragsbezug 30 Rp. pro zahlendes Mitglied.
2 Für jedes durch die Sektion geworbene Neumitglied wird dem Quästor Fr. 1.50 Werbespesen ausbezahlt.
Die Werbeprämie von Fr. 5.– pro Neumitglied wird von der Zentralkasse den einzelnen Werbern direkt angewiesen.

2.2 *Rechtsfälle*

Ein für die gesamte Lehrerschaft wichtiger Rechtsfall spielte sich zwischen Herbst 1968 und Frühling 1969 ab. Ein Lehrer hatte einen Schüler in Betragen mit «ungenügend» qualifiziert. Der Vater rekurierte gegen diese Beurteilung bei der Kreisschulpflege, welche den Rekurs ablehnte. Darauf zog der Vater den Rekurs weiter an die Bezirksschulpflege, die verfügte, die Zensur «ungenügend» sei in «genügend» abzuändern. Nach diesem Entscheid wurde der Rechtsberater des ZKLV eingesetzt. Die Kreisschulpflege führt in der Folge Beschwerde gegen den Entscheid der Bezirksschulpflege. Der Erziehungsrat schützte die Beschwerde, indem er ausführte, dass eine Betragensnote nicht Gegenstand eines Rekurses sein könne.

Ein Lehrer führte eine Schülergruppe während eines Skilagers auf eine Skitour, wobei eine Lawine mehrere Schüler mitriss. Zwei davon konnten nicht mehr lebend geborgen werden. Auch dieser Kollege erhält den Rechtsschutz des ZKLV. Da die

Untersuchung noch im Gange ist, kann nur festgestellt werden, dass gewisse Berichte in der Presse nicht den Tatsachen entsprechen.

Die Witwe eines tödlich verunfallten Sekundarlehrers erhielt nur eine Abfindung und keine Rente, weil der verunfallte Kollege noch nicht fünf Jahre im Schuldienst gestanden hatte. Dieser Kollege trat früher einmal aus dem Schuldienst aus und liess sich von der BVK auszahlen. Dieser allerdings nur kurze Austritt führte dann u. a. dazu, dass die fünfjährige Karenzzeit nicht erreicht wurde. Rechtlich lässt sich in diesem Fall gar nichts erreichen. Hingegen sollte dieser Fall gewisse jüngere Kollegen zum Nachdenken anregen.

Der bekannte Haftpflichtfall wegen eines Augenunfalls während einer Pause konnte geregelt werden. Der Vater des verunfallten Schülers und die Versicherung schlossen einen Vergleich. Die Versicherung verzichtet ausdrücklich auf jeglichen Regress gegen die beteiligten Lehrer.

2.3 *Lehrerweiterbildung*

Auf Ansinnen des ZKLV kamen alle Träger der Lehrerweiterbildung und Vertreter des ZKLV zu einer Konferenz zusammen. Es wurde beschlossen, unter dem Vorsitz Dr. Tuggeners eine Planungskommission zu bilden. Dieses Gremium will dafür sorgen, dass anfangs Jahr jeder Lehrer einen Katalog aller Weiterbildungsveranstaltungen erhält.

Anpacken will die Kommission folgende weitere Aufgaben:
- Koordination der Programme
- Zentrale Terminkontrolle
- Werbung
- Schaffung eines einheitlichen Kursausweises
- Honorierung der Kursleiter

2.4 *Bericht über den Lehrermangel*

Der Regierungsrat nahm den Bericht über den Lehrermangel zur Kenntnis. Der Vorstand des ZKLV hat dieses Geschäft mit den Lehrerkantonsräten besprochen. Winterthurer Kollegen richteten in dieser Sache eine Eingabe an den Kantonalvorstand. Der Vorstand hat die Verbindung mit dieser Arbeitsgruppe aufgenommen. Wenn er auch nicht in allen Punkten die Meinung dieser Gruppe unterstützen kann, so ist es doch für den Vorstand sehr erfreulich, dass Kollegen ihre Anliegen dem Kantonalvorstand unterbreiten.

2.5 *Zulage für ungeteilte Schulen*

Die Reallehrerkonferenz unterbreitete dem Vorstand den Vorschlag, die Frage der Entschädigung für die Führung ungeteilter Schulen zu untersuchen, da für Sekundarlehrer und Reallehrer in diesem Punkte verschiedene Regelungen gelten. Der Vorstand stellte fest, dass bei einer Neuregelung auch die Primarschule einbezogen werden könnte, und gab die Frage an die Stufenkonferenzen weiter.

In der Aussprache zu diesen Mitteilungen fragt Herr Zollinger (Bez. Horgen), ob keine Schritte unternommen werden könnten, wenn ein Kollege an einer öffentlichen Versammlung angepöbelt werde. Der Präsident will den Fall weiterverfolgen, braucht aber genauere Unterlagen.

2.6 *Werbung*

Die Absolventen des Oberseminars, welche im Frühling 1969 patentiert werden, erhalten ein Werbeschreiben. Das macht aber die persönliche Werbung am Arbeitsort keineswegs überflüssig, im Gegenteil, der Erfolg der Direktwerbung dürfte immer noch der wesentlichste sein.

Fräulein Lampert vom Vorstand bittet die Präsidenten, dafür besorgt zu sein, dass ihr die Mitgliederlisten der Kapitel so bald als möglich zugestellt werden. Diese Listen bilden die Grundlage für die Werbung.

Anschliessend an diese Mitteilungen ergibt sich eine Aussprache über Informationspolitik. Einerseits herrscht der Eindruck vor, die Lehrerschaft sei nicht genügend informiert, anderseits wird festgestellt, dass viele Kollegen die ihnen ohne weiteres erreichbaren Informationen nicht zur Kenntnis nehmen.

3. Ferien der Volksschule

Der Vorstand gab dieses Geschäft zur Stellungnahme an die Sektionen weiter. P. Meier (Zürich) vertritt folgende Auffassung, welche die Zustimmung der Anwesenden findet:
- Als Ferien zählen ausfallende Arbeitstage. Die Behörden rechnen sowieso auf diese Art die Ferien nach. Allerdings sollten in die Ferien fallende Festtage nicht als Ferientage gezählt werden.
- Das Vorholen von Stunden sollte vermieden werden, weil es mit zu vielen schulischen Unzukömmlichkeiten verbunden ist.
- Man sollte prüfen, ob nicht die Feriendauer einer längeren Zeitspanne (z. B. von 2–3 Jahren) im Durchschnitt die vorgeschriebene Feriendauer pro Jahr ergeben könnte. So könnten ungünstige Lösungen in den Jahren vermieden werden, in welchen die beweglichen Feste Schwierigkeiten für eine vernünftige Festsetzung der Ferien verursachen.

4. Wahl der Lehrervertreter in die Bezirksschulpflegen

Die Stellung der Lehrervertreter in den Bezirksschulpflegen wird immer wichtiger. Es ist deshalb bedeutungsvoll, wen die Lehrerschaft mit diesem wichtigen Amt betraut, besonders heute, wo die Bezirksschulpflege als Institution in Frage gestellt wird.

Bei der Aufstellung der Wahlvorschläge sollte es selbstverständlich sein, dass die Organe des ZKLV entscheidend mitwirken können.

Die Aussprache zeigt, dass in verschiedenen Bezirken Formen gefunden worden sind, welche zweckdienlich sind, während andernorts noch alles dem Zufall überlassen bleibt.

Der Präsident gibt bekannt, dass er alle Kollegen, welche Aktuare der Bezirksschulpflege sind, zu einer Aussprache einladen will; ein Vorschlag, der die ungeteilte Zustimmung der Anwesenden findet.

P. Meier (Zürich) regt an, es sei auch die Zahl der Lehrervertreter in den Bezirksschulpflegen neu zu überprüfen; die Lehrerschaft sei in den grossen Bezirksschulpflegen zu schwach vertreten.

(Fortsetzung im «PB» vom 22. Mai 1969)

Redaktion des «Pädagogischen Beobachters»: Heinz Egli, Nadelstrasse 22, 8706 Feldmeilen

Die Hunziker ›Maxima‹ Wand-tafeln sind

unver-wüstlich wie die Geduld der Erzieher

Maximal für den Lehrer:
Maximal im Schreibkomfort
Maximal magnethaftend
Maximal leicht zu reinigen

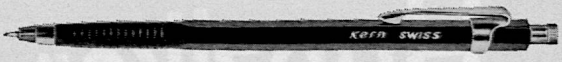
Maximal für die Schulbehörden:
Maximal in der Lebensdauer
Maximal weil keine Renovationen
Maximal wirtschaftlich

hunziker

Hunziker Söhne
Schulmöbelfabrik AG
8800 Thalwil Tel. (051) 92 09 13

Kern-Schulreißzeuge jetzt mit Minenhalter

NEU!



Zum technischen Zeichnen braucht es nicht nur Zirkel und Reißfeder, sondern auch einen gut gespitzten Bleistift. Deshalb enthalten jetzt die vier beliebtesten Schulreißzeuge einen Minenhalter. Der praktische Druckstift besitzt eine normale 2-mm-Mine, einen Clip und im Druckknopf einen Minenspitzer. Übrigens: alle 14 Kern-Schulreißzeuge sind jetzt im neuen, gepolsterten Etui aus weichem Kunststoff erhältlich.

Senden Sie mir bitte für meine Schüler ____ Prospekte über die neuen Kern-Schulreißzeuge.

Name _____

Adresse _____

_____

Z 8

Kern & Co. AG
Werke für Prazisionsmechanik und Optik
5001 Aarau

150 JAHRE YEARS ANS ANOS

Kern SWISS

Kern-Reißzeuge sind in allen guten Fachgeschäften erhältlich